

## **3.5 Die Welt regiert das Geld**

### **3.5.1 Um was es geht**

Die Frage nach den Ursachen der aktuellen Finanzkrise lässt sich auf zwei Arten beantworten: Konkreter Auslöser war die Immobilienblase in den USA, bei der die Einzelkredite zu Paketen zusammengefasst und international verkauft wurden. Daneben gibt es aber grundlegendere Entwicklungen im Finanzsystem, aufgrund derer es immer wieder zu Fehlentwicklungen kommen wird: Momentan lässt sich durch Investitionen auf dem Finanzmarkt eine viel höhere Rendite erreichen als in der Realwirtschaft. Dies führt dazu, dass der Finanzmarkt über seine eigentliche Funktion hinaus (Ermöglichung von Finanzierung) durch immer mehr Kapital aufgebläht wird. Zu diesem grundsätzlichen Ungleichgewicht kommt die Intransparenz vieler Finanzprodukte, die eine Risikoeinschätzung selbst für Banker unmöglich macht.

Daneben hat die gegenwärtige Finanzkrise gezeigt, dass bestimmte Staaten der EU (z.B. Irland) durch ihr Steuersystem Anreiz zur Standortverlagerung boten und dabei sogar noch durch strukturfördernde Zuschüsse der EU unterstützt wurden. Darüber hinaus erleben wir, dass gerade die neu in die EU beigetretenen Staaten einen Steuerwettbewerb entfachen, der einen allgemeinen Druck zur Senkung von Unternehmens- und Einkommensteuern ausübt. Die Konsequenz ist, dass die entwickelten Staaten, die eine gut ausgebaute Infrastruktur zu finanzieren haben, diese nicht mehr im erforderlichen Umfang finanzieren können. Daraus folgt ein unaufhörliches Anwachsen der Verschuldung, bei der schließlich die Schuldenfalle droht, in der Kredite aufgenommen werden müssen, nur um die alten Schulden bedienen zu können.

Zwei großräumige Reformen stehen also an: Eine *europäische Steuerreform* und eine *Reform der Weltfinanzordnung*. Beide Komplexe, zu denen hier nur einige Grundgedanken entwickelt werden können, gehören eng zusammen. Bei einer Reform der Weltfinanzordnung reicht es nicht aus, Regularien für das Bank- und Kreditgeschäft zu entwickeln. Parallel dazu muss ein Steuersystem installiert werden, das die Kredit- und Finanztransaktionen ebenfalls erfasst.

Die hier vorgeschlagenen internationalen und nationalen Absprachen sind vermutlich nur unter dem Druck der gegenwärtigen Krise möglich. Sie müssen aber eingefordert und gewollt werden und weit über das hinausreichen, was bisher diskutiert wird. Die Forderung nach einem Weltwirtschaftsrat unterstreicht die Notwendigkeit, wirtschafts- und währungspolitische Fragen gemeinsam so abzustimmen, dass Alleingänge der Mächtigen verhindert werden.

### **3.5.2 Wie es besser gehen kann**

#### **3.5.2.1 Internationale, globale Regelungen**

Nach den schon alten Erkenntnissen der Finanzwissenschaft (Adolf Weber) kann ein Steuersystem nur dann gerecht sein, wenn es verschiedene Steuerarten miteinander kombiniert. In diesem Sinne haben alle entwickelten Staaten ein System, das aus der Kombination von Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Spezialsteuern besteht.

Es ist daher nur logisch, wenn man diese Erkenntnisse auch auf die Finanzmärkte anwendet. Warum sollten die dort stattfindenden Transaktionen als einzige auf Gewinn ausgerichtete wirtschaftliche Aktivität nicht besteuert werden? Für eine solche Privilegierung gibt es keinen vernünftigen Grund.

Wir brauchen eine schon 1980 von Tobin vorgeschlagene Umsatzsteuer auf Finanztransaktionen aller Art. Diese könnte, um die Möglichkeiten der Lenkung und Kontrolle zu verbes-

ern, je nach Art des Geschäfts differenziert werden. Würden z.B. Leerverkäufe von Aktien mit dem doppelten Steuersatz und Derivate mit dem dreifachen Satz besteuert, würde der Umfang solcher Transaktionen drastisch zurückgehen.

Ergänzend dazu muss eine Mindestbesteuerung auf Einkünfte aus Geldvermögen international vereinbart werden. Zwar gibt es schon jetzt in verschiedenen Ländern eine Besteuerung der Vermögenseinkünfte. Aber solange die Fluchtmöglichkeit auf die Cayman-Inlands und in andere Länder besteht, ist dies eine äußerst ungerechte Regelung. Sie erfasst nämlich nur die relativ kleinen Vermögen, die sich den Transfer nicht leisten können oder aus ethischen Gründen nicht leisten wollen.

Schließlich muss auch der Betrieb einer Briefkastenfirma u.ä. einer Mindestbesteuerung unterworfen werden und zwar unabhängig vom Umsatz, der erzielt wird. Diese „Kopfsteuer“ kann in den folgenden Jahren nach und nach reduziert werden. Damit würde verhindert, dass immer neue Firmen und Unterfirmen gegründet werden, die letztlich nur dem Zweck dienen, das Geflecht der Finanztransaktionen möglichst undurchschaubar zu gestalten.

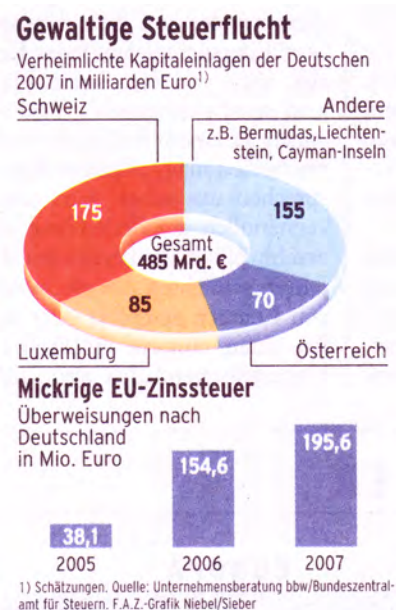
Die daraus fließenden Steuern müssen zentral erhoben werden, da sonst die Gefahr besteht, dass einzelne Staaten eine großzügige „Kassier-und-zurück-Strategie“ entwickeln würden. Als Nebeneffekt einer solchen Steuerregelung ergäbe sich auch eine bisher ungewohnte Transparenz der internationalen Zahlungsströme.

Bei der Rückverteilung der Steuereinnahmen sollen ökologisch wirksame, nachhaltige Projekte, insbesondere in der 3. Welt gefördert werden. Dadurch kann ein wirksamer Beitrag sowohl zur Entwicklung als auch zum Kampf gegen den Klimawandel geleistet werden.

Diese Grundgedanken erfordern eine internationale Vereinbarung, die zugleich sanktionsbewehrt sein muss. Für dieses System müssen keine neuen internationalen Institutionen geschaffen, sondern die vorhandenen Organisationen umorientiert werden. Nichts wäre schädlicher, als eine neue große Bürokratie zu schaffen.

### 3.5.2.2 Nationale und europäische Steuerregelungen

Wir haben es hier mit drei Fragestellungen zu tun:



- Wie bekämpft man die Steuerflucht?
- Wie begrenzt man den Steuerwettbewerb in Europa?
- Wie kommt man zu gerechteren und einfacheren nationalen Steuersystemen?

Allein durch die Kapitalflucht innerhalb Europas gehen dem deutschen Staat vermutlich jährlich fünf Milliarden Steuereinnahmen verloren. Bezieht man weitere Steuerfluchtmöglichkeiten in britischen Gewässern, in der Karibik und anderen Orten Asiens und Afrikas mit ein, könnte sich dieser Betrag leicht verdoppeln. Wir sehen, dass angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise vermutlich nicht nur für Deutschland ein großer Handlungsbedarf gibt, die Bankenwelt transparenter zu machen.

Um den Steuerwettbewerb in Europa zu begrenzen, ist im Rahmen der EU ein Mindestbesteuerungssystem zu veran-

kern, das Mindeststeuersätze auf Umsatz, Einkommen und Institutionen festlegt und eine Zurückschüttung wirksam unterbindet. Jede Strukturförderung muss an die Umsetzung dieser Regeln gebunden werden, denn ohne Sanktionsbewehrung ist der EU-Steuerpakt ein stumpfes Instrument. Insgesamt ist es anzustreben, die Schweiz, Liechtenstein, Island und Norwegen von Anfang an einzuladen, sich an der Ausarbeitung dieser Regeln zu beteiligen. Diese Schritte haben höchste Priorität, denn die gegenwärtige Wirtschaftskrise birgt die Versuchung, den Steuersenkungswettbewerb weiter anzukurbeln. Der jüngste Vorschlag von Sarkozy, in Frankreich die Gewerbesteuer zu streichen, ist ein solches Beispiel.

### Spitzensteuersätze sinken weltweit

Berlin. (rtr) Die Höchstsätze für die Einkommensteuer sinken weltweit. Von 2003 bis 2008 wurde der Spitzensteuersatz in 33 der 87 untersuchten Länder gekappt, so die KPMG-Wirtschaftsprüfer. Der Satz fiel im Schnitt von 31,3 auf 28,8 Prozent. Deutschland liege mit der Senkung von 48,5 auf 45 Prozent im europäischen Mittelfeld.

Ein nationales Steuersystem kann sich auf diese europäisch einheitlichen Regeln aufsetzen. In Deutschland wurde in den vergangenen Jahrzehnten das Finanzierungssystem auf Basis von Steuern und Beiträgen immer komplizierter. Dazu haben nicht nur die zahlreichen Steuer- und Beitragsarten beigetragen, sondern auch die Vielfalt der staatlichen Ebenen. So kommt es immer wieder dazu, dass vollmundige Steuersenkungen durch die Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen aufgezehrt werden, so dass die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer trotz aller Einzelreformen in den letzten zehn Jahren gesunken sind.

Letztlich reicht es daher nicht aus, allein die Einkommensteuer zu vereinfachen. Wünschenswert ist eine skandinavische Lösung: Statt durch spezielle Sozialversicherungsträger werden alle Sozialleistungen aus Steuern finanziert. Zwar erhöht sich damit die Steuerbelastung auf Einkommen und Umsatz, zugleich wird das System aber viel transparenter. Vor allem tragen so alle Einkünfte – nicht nur die Löhne und Gehälter – zur Finanzierung der bisherigen Sozialleistungen bei. Damit würden die Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr als Kostenfaktor der Lohnsumme zugerechnet werden und so der Rationalisierungsdruck gemindert. Durch diesen Ansatz, bei dem auch die Sonderregelungen für Beamte abgebaut werden müssen, würde das gesamte staatliche Finanzsystem vereinfacht. Die verschiedenen staatlichen Einrichtungen der Steuer- und Sozialverwaltung könnten nach der Überleitungsphase umfassend rationalisiert werden.

#### 3.5.2.3 Verschuldung der öffentlichen Haushalte

Der Staat kann nicht allein aus der Perspektive einer schwäbischen Hausfrau betrachtet werden. Die Schulden der öffentlichen Hände bestehen aus drei Komponenten:

Der Staat hat die Aufgabe,

- mit gezielten Investitionen die Wirtschaft, Gesellschaft und sich selbst „zukunfts-fähig“ zu machen;
- eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu betreiben;
- die Ergebnisse der Marktwirtschaft sozial und ökologisch zu korrigieren.

Für diese Aufgaben kann es nötig sein, Kredite aufzunehmen. Auch Unternehmen finanzieren die Einführung eines neuen Produktes, neue Maschinen oder auch nur weitere Produktionskapazitäten nicht allein mit Eigenkapital, sondern nehmen dafür Kredite auf. Man tut das in der Hoffnung eines return on investment (ROI), d.h. eines später umso höheren Gewinns, aus dem dann der Kredit zurückgezahlt werden kann. Bei staatlichen Investitionen erfolgt der ROI in Form von höherem Wachstum, das höhere Steuereinnahmen bringt, aus denen dann die Kredite zurückgezahlt werden können.

Die immer wiederkehrenden Konjunkturkrisen machen es ferner nötig, dass der Staat in der Phase des Konjunkturabschwungs versucht, die entstehende Nachfragerücklage durch eine Zusatznachfrage der öffentlichen Hand zu überbrücken. Zwar wird dies nie vollständig gelingen, aber durch eine antizyklische Finanzpolitik kann versucht werden, die konjunkturellen Schwankungen abzumildern. Um dieses tun zu können, muss der Staat im günstigsten Fall bereits angespart haben. Falls das nicht möglich war, ist es legitim und richtig, sich dieses Geld am Kreditmarkt zu leihen. Die Überlegungen zu einer „Schuldenbremse“ nehmen diesen Gedanken ansatzweise auf. Allerdings sind die dabei vorgesehenen Schwankungsbreiten zu niedrig, um eine messbare antizyklische Wirkung zu erzielen.

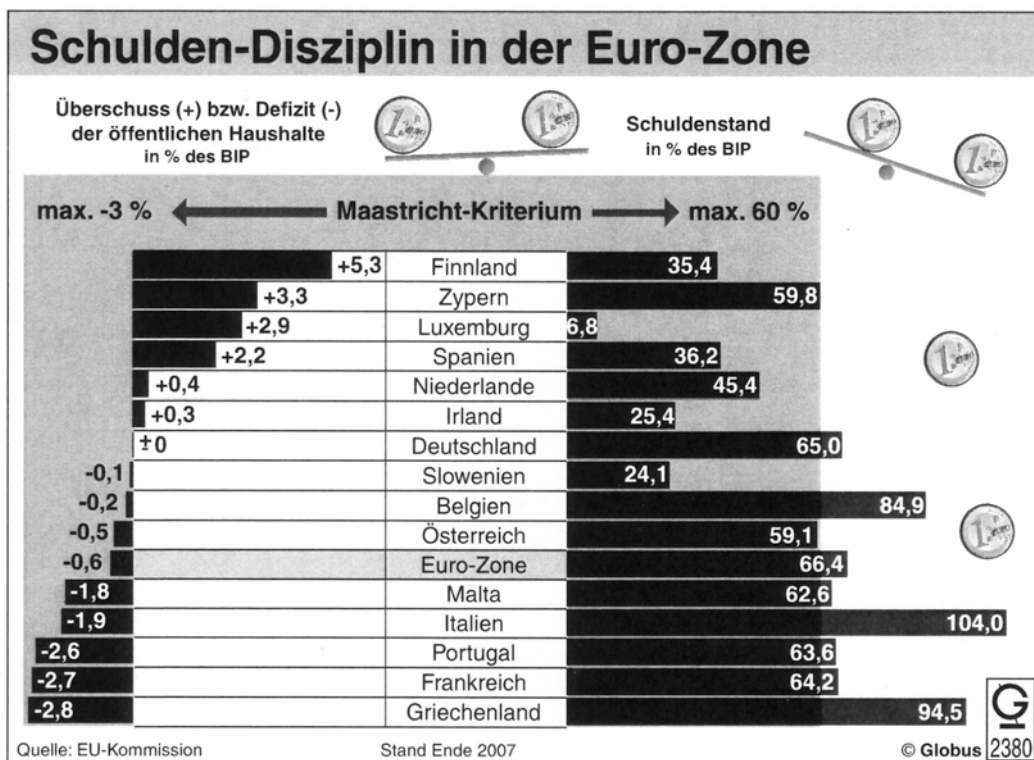
Schließlich ist es nötig, schon in den laufenden Haushalten eine sozial und ökologisch orientierte Umverteilungspolitik durchzuführen. Und dazu gibt es eine generelle Handlungsanweisung zur Solidarität, die 1987 in der Enzyklika *sollicitudo rei socialis* (Ziffer 39) formuliert und 1997 nochmals im gemeinsamen Wort beider Kirchen veröffentlicht wurde:

„Diejenigen, die am meisten Einfluss haben, weil sie über eine größere Anzahl von Gütern und Dienstleistungen verfügen, sollen sich selbst verantwortlich für die Schwächsten fühlen und bereit sein, Anteil an ihrem Besitz zu geben.

Auf derselben Linie von Solidarität sollten die Schwächsten ihrerseits keine rein passive oder gesellschaftsfeindliche Haltung einnehmen, sondern selbst das tun, was ihnen zukommt, wobei sie durchaus auch ihre legitimen Rechte einfordern.

Die Gruppe der Mittelschicht ihrerseits sollte nicht in egoistischer Weise auf ihren Eigenvorteil bestehen, sondern auch die Interessen der anderen beachten.“

Falls besondere Umstände eintreten, durch die diese wohlbegründete Politik nicht schon in einem Haushaltsjahr zum Ziel führt, ist auch eine langfristig angelegte Finanzierung dieser Ausgleichsmaßnahmen durch Kredit gerechtfertigt, ja sogar geboten. Die Vereinigung Deutschlands war ein solcher Fall. Durch die teilweise kreditgestützte Finanzierung der Vereinigung – daneben darf der „Soli“ nicht vergessen werden – wurde versucht, die Lasten der Vereinigung „vorzufinanzieren“. Das geschah in der Hoffnung, dass diese Kosten auf einem höheren Wachstumspfad wieder eingespielt werden könnten.



Darüber hinaus ist es allerdings erstaunlich, dass auch europäische Staaten, die keine Vereinigung zu finanzieren hatten, riesige Schuldenberge angehäuft haben: Italien, Griechenland, Belgien haben Schulden etwa in der Höhe ihres Bruttoinlandsproduktes! Auch die Schulden der USA steigen dramatisch. Die größten Risiken bergen dabei of-

fenbar Bundesstaaten, von denen man es zunächst nicht erwartet hätte: z.B. ist Kalifornien einem Konkurs nahe.

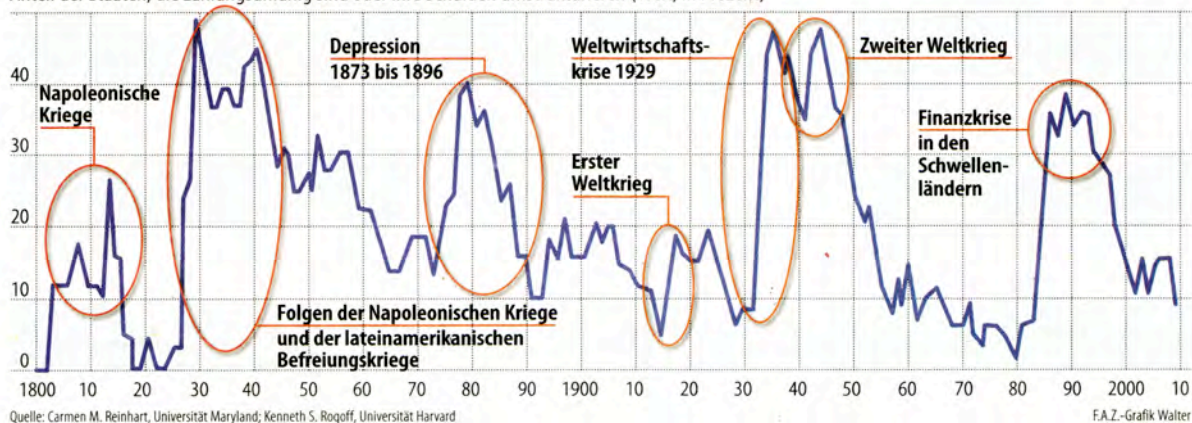
Vertretbar ist eine Schuldenaufnahme nur, wenn es gelingt, damit auf einen effektiveren, sozial und ökologisch verträglichen Wachstumspfad zu kommen. In den USA wird offenbar an einem solchen Versuch gearbeitet.

Wenn aber die Schuldenlast nur erhöht wird, um die alten Strukturen zu erhalten, ist kein Ende der steigenden Verschuldung in Sicht. Daher ist es durchaus denkbar, dass in den nächsten zyklischen Krisentiefpunkten (z.B. ca. 2017, 2025) eine weitere Finanzkrise ins Haus steht. Wie das abläuft, lässt sich am Beispiel Argentinien ablesen: Dort – wie in anderen südamerikanischen Staaten vorher – erfolgte ein Staatsbankrott. Dieser hat insbesondere alle Besitzer von Geldvermögen in inländischer Währung praktisch enteignet. Nur wer sein Vermögen vorher in US-Dollar angelegt hatte, kam unbeschadet aus dieser Krise heraus. Nun war Argentinien nicht ein zentraler Pfeiler der Weltwirtschaft und daher ging dieser Staatsbankrott nur auf Kosten der kleinen Leute dort. Falls es aber z.B. den USA nicht gelingt, die Staatsverschuldung, das Außenhandelsdefizit und die Konsumentenschulden in den Griff zu bekommen, droht hiervon in den nächsten Zyklen eine Gefahr, die weit über das hinaus geht, was wir gegenwärtig an Finanzkrise erleben. Und dann gibt es keinen sicheren Hafen mehr, in dem die Reichen ihre Kapital in Sicherheit bringen können.

Ein solcher Crash wird dann eintreten, wenn die Finanzwelt das Vertrauen in sich selbst und in die Leistungsfähigkeit des Staates verliert. In den letzten Jahrzehnten sind insbesondere in den Ländern, in denen es kein umlagefinanziertes System der Rentenfinanzierung gibt, hohe Geldvermögenspositionen aufgebaut worden. Diese basieren auf dem Vertrauen, dass dieses Geld in wertbeständigen Währungen und gesicherten Wertpapieren angelegt worden ist. Die Jahre 2008/09 haben aber gezeigt, dass dies häufig nicht der Fall war. Noch versuchen die Staaten die Illusion des Vertrauens aufrecht zu erhalten. Das wird aber nur dann gelingen, wenn die Realwirtschaft ihre Leistungsfähigkeit behält bzw. die Sparer das Vertrauen in deren Leistungsfähigkeit nicht verlieren.

### Staatspleiten seit 1800

Anteil der Staaten, die zahlungsunfähig sind oder ihre Schulden umstrukturieren (Welt, in Prozent)



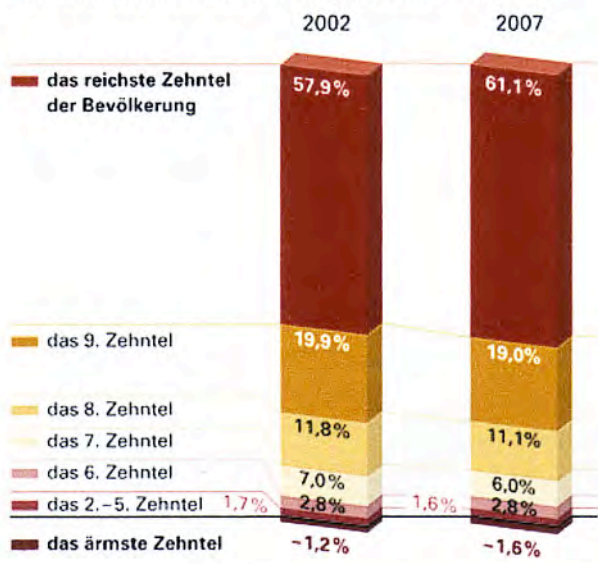
Wie obige Graphik zeigt, gab es immer wieder Phasen, in denen Staaten bankrott gingen. Daher müsste es auch im Interesse der Reichen und Einflussreichen sein, den privaten Finanzsektor stärkeren Kontrollen zu unterwerfen. Darüber hinaus, ist es im eigenen Interesse der Vermögensbesitzer, einen weitaus stärkeren Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen zu leisten als es bisher üblich war. Es zeigt sich nämlich, dass die Senkung der Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen (in Deutschland z.B. auch durch die Abschaffung der Vermö-

gensteuer) keineswegs das Wirtschaftswachstum so angekurbelt hat, dass durch damit erzielte höhere Steuereinnahmen Schulden hätten abgebaut werden können. Es hat lediglich zu einer Unterfinanzierung der Staaten geführt. Diese jetzt durch ein verstärktes Sparen der Öffentlichen Hände sich selbst retten zu lassen, wird nicht funktionieren, da damit nur neue Nachfrageklücken aufgerissen werden.

Es ist klar festzustellen, dass wir insgesamt große zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen, bei denen die oben im Kirchenwort skizzierten Gruppen alle ihren Beitrag zu erbringen haben. Mit anderen Worten, das öffentliche Handeln muss einerseits effektiver werden (Stichwort Rationalisierung und Bürokratieabbau) und zum anderen müssen diejenigen, die über hohe Einkünfte und Vermögen verfügen, stärker als bisher zur Mitfinanzierung der staatlichen Tätigkeit in den oben beschriebenen drei Handlungsfeldern herangezogen werden. In Deutschland sind durch die Hartz-IV-Reformen die Schwächsten bereits zur Kasse gebeten und unter Druck gesetzt worden. Jetzt müssen auch die anderen Gruppen ihren Beitrag leisten!

### Zuwachs beim obersten Zehntel

Vom individuellen Nettovermögen entfielen auf ...



Quelle: Sozio-ökonomisches Panel 2002, 2007; DIW 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Die nebenstehende Graphik zeigt, dass in den Jahren 2002 bis 2007 das reichste Zehntel in Deutschland ihren Vermögensanteil um 3,2 Basispunkte verbessern konnte. Alle anderen haben sich verschlechtert. Es geht also hier nicht darum, jemanden über Gebühr zu belasten, sondern nur darum, die dringend notwendige Solidarität einzufordern.

Da die bisher erreichte Verschuldung bereits einen unglaublich hohen Stand erreicht hat (in den USA bereits 300% des Bruttoinlandsproduktes) und die gegenwärtige Krise weiter die Verschuldung nochmals deutlich erhöhen wird, besteht die Gefahr, dass es in den zyklischen Tiefpunkten 2009, 2017, 2025, 2033 zu einem generellen Zusammenbruch des Finanzsystems kommen könnte.

Vor diesem Hintergrund ist es für die Staaten von zentraler Bedeutung, sich rechtzeitig neue Einnahmequellen zu erschließen, denn es hat sich ja gezeigt, dass die bisherigen Steuerquellen nicht ausreichend sind, um das Anwachsen der Schulden zu verhindern. Und hier gibt es u.E. nur zwei Möglichkeiten: Man kann die bis jetzt weitgehend unbesteuerten Finanztransaktionen besteuern (wie oben bereits vorgeschlagen) und man kann diejenigen, die hohe Geldvermögen besitzen, zu einer Sicherungsumlage heranziehen.

Zwar wäre dies derzeit politisch kaum durchsetzbar. Wenn man allerdings denjenigen, die Geldvermögen besitzen begreiflich machen könnte, dass es in ihrem eigenen Interesse ist, das Finanzsystem mit Hilfe der Staaten zu stabilisieren, muss dies möglich sein. Denn wenn es nicht gelingt den oben beschriebenen sich beschleunigenden Kreislauf nach unten aufzuhalten, wären gerade die, die Geldvermögen besitzen auch diejenigen, die die größten Verluste erleiden würden. Wie groß hier der Handlungsspielraum ist, beschreibt die Graphik auf S. 55.